

Hauptversammlung FDP AR vom 1. Mai 2024

Fraktionsbericht 2023/24

Geschätzte Frau Präsidentin
Geschätzte Delegierte

Mein erstes Jahr als Fraktionspräsident war von einem tiefgreifenden Umbruch in der Fraktion FDP.Die Liberalen geprägt. Mit dem langjährigen Fraktionspräsidenten Patrick Kessler, mit der früheren Fraktionspräsidentin und Alterspräsidentin Annette Joos, mit dem Präsidenten von Industrie AR Urs Alder, mit dem Präsidenten der Kommission Finanzen Oliver Schmid, mit der als Regierungsrätin gewählten Katrin Alder, aber auch den anderen in den Ruhestand gegangenen Mitgliedern des Kantonsrates Pascale Sigg und Toni Vogel hat die Fraktion einige Schwergewichte im Kantonsrat verloren, und damit auch grosses Knowhow. Solche Rücktritte schmerzen, vor allem auch auf der persönlichen Ebene. Umso erfreulicher ist aber, dass wir sechs neue Kantonsrätinnen und Kantonsräte in unseren Reihen begrüßen durften. Sie bringen frisches Blut und neuen Schwung in die Fraktion, neue Sichtweisen und Meinungen. Die neuen Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben sich vorzüglich eingefügt und auch schon massgeblich eingebracht. Dafür gebührt ihnen ein grosser Dank.

Die FDP hat im laufenden Amtsjahr des Kantonsrates wiederum einige Akzente gesetzt:

Kantonsratsgeschäfte 2023/24

Sitzung 1 – Juni 2023: Wahlen, Vereidigungen, Geschäftsberichte und eine Standesinitiative

Traditionsgemäss war die erste Sitzung einer neuen vierjährigen Legislatur geprägt von einer Vielzahl von Reden, Wahlen und Vereidigungen. Darüber hinaus haben wir von zwei Geschäftsberichten und Jahresrechnungen von Anstalten und Betrieben des Kantons, nämlich SVAR und ARI, Kenntnis genommen. Materiell hatte die Juni-Sitzung wenig Fleisch am Knochen. Erwähnenswert scheint mir einzig der Beschluss des Kantonsrates, eine Standesinitiative zur Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung einzureichen. Mit dieser Standesinitiative, die erste in der Geschichte von Appenzell Ausserrhoden, wird die Bundesversammlung eingeladen, das Raumplanungsgesetz dahingehend zu ändern, dass der Bau von Solar- und Kleinwindanlagen ausserhalb der Bauzonen forciert werden kann. Visionär hat die von Kantonsrat Matthias Tischhauser präsidierte Kommission Bau und Volkswirtschaft bereits im Dezember 2020 die Motion für diese Standesinitiative eingereicht. Sie wurde im März 2021 vom Kantonsrat für erheblich erklärt. Umso ärgerlicher ist die Tatsache, dass die Regierung beinahe zwei Jahre benötigt hat, um diese Motion zu bearbeiten und die Standesinitiative nahezu unverändert in den Kantonsrat zu bringen. Zwischenzeitlich haben sich als Folge des Ukraine-Krieges die Ereignisse in den Bereichen Energiewende und Versorgungssicherheit überschlagen. Trotzdem hat die Standesinitiative immer noch ihre Berechtigung, denn durch die geforderte Anpassung des Raumplanungsgesetzes soll insbesondere auf die Bedürfnisse von Kantonen mit grossem Bestand an Gebäuden ausserhalb der Bauzone Rücksicht genommen werden.

Sitzung 2 – September 2023: Teilrevision Steuergesetz, Geschäftsberichte, Fragestunde

In dieser Sitzung haben wir die restlichen drei Geschäftsberichte und Jahresrechnungen von SOVAR, Pensionskasse und Assekuranz besprochen und zur Kenntnis genommen. Ausserdem haben wir die Teilrevision des Steuergesetzes in zweiter Lesung ohne nennenswerte Anpassungen definitiv verabschiedet. Der neue Verteilschlüssel für die Steuern der juristischen Personen (50% Kanton / 50% Gemeinden) bringt nur eine geringfügige Verschiebung zu Gunsten des Kantons (45% nach altem Gesetz), hat der Regierungsrat ursprünglich doch eine Erhöhung auf 60% gefordert. Insbesondere massgebliche Steuerzufälle in der Gemeinde Herisau haben den Kantonsrat bewogen, die Verschiebung zugunsten des Kantons zu beschränken. Dieser Verteilschlüssel muss im Rahmen der nächsten Steuergesetzrevisionen wieder überprüft werden, insbesondere im Lichte der Erkenntnisse der bald zu erwartenden Studie zu den Finanzflüssen zwischen Kanton und Gemeinden, aber auch in Würdigung des Volksentscheids über die Gemeindestrukturen.

Sitzung 3 - Oktober 2023: Konzept öffentlicher Regionalverkehr AR 2024 – 2029, externe Evaluation Krisenmanagement Covid-19-Pandemie, Berichte Wirksamkeit Finanzausgleich und Finanzlage der Gemeinden

Zu regen Diskussionen hat das Konzept öffentlicher Regionalverkehr Appenzell Ausserrhoden 2024 – 2029 Anlass geben. Das Konzept wird als wenig miliztauglich empfunden und ist methodisch mangelhaft aufgebaut. Es fehlt ein aussagekräftiges Management Summary, aus dem die wesentlichen Zielsetzungen und Massnahmen ersichtlich sind. In diesem Sinne hat die SP-Fraktion Rückweisung des Konzepts beantragt. Trotz hitzig geführter Debatte wurde der Rückweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt, um den an sich nicht zur Diskussion stehenden Ausbau und die Optimierung des öffentlichen Verkehrs nicht unnötig zu behindern. Der Unmut über das schlecht leserliche und methodisch ungenügend gestaltete Konzept war jedoch gross. Entsprechend wurde auch der Vorschlag einer Planungserklärung der KBV nach Art. 50 Kantonsratsgesetz angenommen, in der die Regierung verpflichtet wird, in der Erarbeitung des nächsten Konzepts insbesondere eine besser nachvollziehbare Verknüpfung von strategischen Zielen und Massnahmen darzustellen.

Der Regierungsrat hat externe Fachexperten mit einer Evaluation des Krisenmanagements während der Covid-19-Pandemie beauftragt. Dies mit dem Ziel zu untersuchen, wie wirksam und zweckmässig das Krisenmanagement von Regierung und Verwaltung während der Pandemie war. Der sehr informative Bericht kommt zum Schluss, dass der Kanton Appenzell Ausserrhoden die Pandemie effektiv bewältigen konnte und es den Verantwortlichen gelungen ist, die Ausserrhoder Bevölkerung wirksam zu schützen. Die Verfasser haben sechs Empfehlungen abgegeben, die vom Regierungsrat als Handlungsimpulse aufgenommen worden sind. Sich bereits in Umsetzung befindliche Massnahmen (u.a. Stärkung KFS, Business Continuity Management, Pandemieplan, Verbesserung interkantonale Zusammenarbeit) sollen das Management künftiger Krisen verbessern. Nach herber Kritik zum Konzept öffentlicher Regionalverkehr parteiübergreifender Beifall zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie.

Und jährlich grüsst das Murmeltier. Zum wiederholten Mal stellt die Regierung fest, dass sich die Schere der Gemeindesteuerfüsse immer weiter öffnet und wesentliche Zielsetzungen des Finanzausgleichsgesetzes nicht erreicht werden. Entsprechend gespannt warten wir auf die 1. Lesung des neuen Finanzausgleichsgesetzes. Der Bericht zur Finanzlage der Gemeinden zeigt, dass die meisten Ausserrhoder Gemeinden finanziell gesund dastehen und der Kanton keine Verletzung der Regeln über das Haushaltsgleichgewicht oder die Schuldenbegrenzung feststellen musste.

Sitzung 4 – Dezember 2023: Regierungsprogramm, Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2027, Globalkredite Gmünden und Kanti Trogen, Voranschlag 2024

Der Tag hat sanft begonnen, das Regierungsprogramm 2024 bis 2027 wurde gelobt, teilweise kritisiert, verständlicherweise immer vor dem Hintergrund der parteipolitischen Färbung. Die FDP-Fraktion vermisst nach wie vor den Themenkomplex Wirtschaft und Industrie sowie den Tourismus. Der Schwerpunkt *Wohnen und Arbeiten* könnte auf zwei neue Schwerpunkte *Wirtschaft und Arbeit* sowie *Wohnen und Freizeit* ausgebaut werden.

Vor dem Hintergrund prognostizierter operativer Defizite in den Jahren 2024 bis 2027 hat die Fraktion FDP. Die Liberalen eine erste Duftmarke gesetzt und vom Regierungsrat eine konsequente Aufgabenüberprüfung gefordert. Aus unserer Sicht sollte der Kanton ohne Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank ausgeglichen operieren können. Allfällige Ausschüttungen könnten dann für wegweisende Zukunftsprojekte wie Gemeindefusionen, erneuerbare Energieproduktion oder die verbesserte Förderung der Energiewende verwendet werden. Dem stetigen Stellenwachstum und damit der laufenden Erhöhung der Staatsquote muss unsere Partei entschieden entgegentreten, getreu dem freiheitlichen Motto 'Mehr Freiheit, weniger Staat'. Geplant sind politische Vorstösse, um dem Regierungsrat konkrete Aufträge zur Aufgabenüberprüfung auf den Weg zu geben.

Zu einigen Diskussionen Anlass gegeben hat der Antrag von Kantonsrat Welz, die für den Strassenbau vorgesehenen Mittel um rund CHF 2 Mio. zu kürzen, weil das 4. Kantonale Strassenbau- und Investitionsprogramm 2023 – 2026 noch nicht vorliegt. Es wird grundsätzlich zu prüfen sein, wie sinnvoll ausufernde Diskussionen im Rahmen der Kenntnisnahme von Konzepten, Programmen oder Berichten sind und wie der Rat inskünftig mit diesen Kenntnisnahmen umgehen will. Die anstehende Revision der Kantonsratsgesetzgebung wird die Gelegenheit sein, diese Fragen ausführlich zu diskutieren.

Trotz einiger Kritik an den generellen und individuellen Lohnerhöhungen für das Staatspersonal und den stetig steigenden Personalkosten wurden der Voranschlag 2024 zusammen mit den Globalkrediten für die Gefängnisse Gmünden und die Kanti Trogen klar angenommen.

Sitzung 5 – Februar 2024: Totalrevision Kantonsverfassung

An zwei Tagen durfte sich der Kantonsrat in 1. Lesung mit dem Entwurf der neuen Kantonsverfassung befassen, der von einer Verfassungskommission erarbeitet, vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet und von einer besonderen parlamentarischen Kommission des Kantonsrates vorberaten worden ist. Früh in der Debatte hat sich der Rat darauf geeinigt, den vorliegenden Entwurf in 1. Lesung weniger hinsichtlich Mehrheitsfähigkeit in der bevorstehenden Volksabstimmung zu beurteilen, sondern in den Diskussionen die persönlichen Präferenzen zum Ausdruck zu bringen. In diesem Sinne ist auch zu verstehen, dass der Rat den einzigen zur Verfügung stehenden Eventualantrag noch nicht als Joker zum Einsatz gebracht hat. Der Kantonsrat hat sich zum Ziel gesetzt, einen ausführlich diskutierten und in Teilen angepassten Entwurf als eindeutige Meinungsäusserung des Parlaments in die Volksdiskussion zu schicken.

Erwartungsgemäss waren die Positionen der FDP-Kantonsrätinnen und Kantonsräte zu einzelnen heissen Eisen des Verfassungsentwurfs ziemlich kontrovers. Trotzdem dürfen wir als Fraktion mit dem Ergebnis der 1. Lesung gesamthaft zufrieden sein. In erster Linie deshalb, weil es uns gelungen ist, durch intensive Überzeugungsarbeit zwei Drittel des Parlaments davon zu überzeugen, dass der Kantonsrat auch in Zukunft unter Anwendung eines modernisierten Mischsystems von Majorz und Proporz gewählt werden soll. Damit schützen wir die qualitativ hochstehende politische Kultur und die Eigenheiten unseres Kantons, respektieren den Volksentscheid vom 26. November 2023 und tragen auch der Tatsache Rechnung, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger Mitglied einer Partei sein wollen.

In erster Lesung hat sich knapp ein Stimmrechtsalter ab 16 Jahren durchgesetzt, entgegen der Mehrheitsmeinung unserer Fraktion. Dem Ausländerstimmrecht wurde klar zugestimmt. Die Präambel und die Bezeichnung Landammann bleiben im Sinne der Mehrheitsfähigkeit in der Verfassung, auch wenn

die Selbstkonstituierung innerhalb der Regierung nicht dem Verständnis der Mehrheit der FDP-Fraktion entsprechen dürfte.

Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der Volksdiskussion. Aufgrund verschiedener geführter Diskussionen dürfte die Verfassung in der Volksabstimmung mehrheitsfähig sein, wenn das Stimmrechtsalter 16 entfernt und der Eventualantrag beim Ausländerstimmrecht eingesetzt wird. Die Einführung des flächendeckenden Proporz dürfte gemäss wiederholter Aussage des Landammanns in der Debatte vom Tisch sein.

Sitzung 6 – März 2024: Kinderschutzinitiative, Teilrevision Gesetz über die Pensionskasse AR (1. Lesung)

Nachdem sich der Kantonsrat bereits im Rahmen der Volksschulgesetzesrevision ausführlich über die Anliegen der Kinderschutzinitiative unterhalten hat, wurde die Initiative zwar für gültig erklärt, inhaltlich jedoch abgelehnt und wird dem Volk zur Ablehnung empfohlen. Die Initiative wurde auch von unserer Fraktion als nicht vernünftig umsetzbar erachtet.

Zu wesentlich längeren Diskussionen hat die Teilrevision des Pensionskassengesetzes Anlass gegeben. Durch die Veränderung des Beitragsschlüssels von heute 51/49 auf 60/40 werden die Arbeitnehmenden entlastet, damit sie zum Ausgleich eines tieferen Umwandlungssatzes höhere Beiträge finanzieren können. Wie schon in 2018 geht diese Pensionskassenrevision mit Mehrkosten von wiederkehrend rund CHF 3 Mio. stark zu Lasten des Gemeinwesens und damit des Steuerzahlers. Immerhin soll die aus der Änderung des Verteilschlüssels resultierende Netto-Lohnerhöhung von durchschnittlich 1.3% in den Jahren 2026 und allenfalls 2027 über reduzierte generelle Lohnerhöhungen kompensiert werden. Eine Mehrheit der FDP und Vertreter der SVP haben sich vergeblich für einen angepassten Verteilschlüssel 56/44 eingesetzt.

Ausblick Sitzung 7 – Mai 2024: Staatsrechnung, Rechenschaftsbericht, GPK-Bericht, Jahres- und Geschäftsberichte

Business as usual erwartet den Kantonsrat in seiner letzten Sitzung des Amtsjahres 2023/2024. Mit Staatsrechnung und Rechenschaftsbericht blickt die Regierung auf ihre Tätigkeit in 2023 zurück. Der GPK-Bericht wird wieder einigen Diskussionsstoff liefern, während die Jahres- und Geschäftsberichte der Betriebe und Anstalten erstmals in einem vereinfachten Verfahren diskutiert werden. Die Fraktionen sollen sich nur noch äussern, wenn sie konkrete Anliegen oder Fragen von wesentlicher Bedeutung haben. Verständnisfragen sollen bilateral geklärt werden.

Fazit: Das Amtsjahr 2023/24 des Kantonsrates stand eindeutig im Zeichen der Volkabstimmung vom 26. November 2023 zu den Gemeindestrukturen und der 1. Lesung der totalrevidierten Kantonsverfassung. Geprägt von Corona, Ukraine- und Nahostkrieg, Inflation, Zinserhöhungen, Migration und konjunkturellen Schwierigkeiten tendiert das Volk und in dessen Sog wohl auch der Kantonsrat wieder zu einer verstärkt konservativen Politik. Das vorläufige knappe Votum des Kantonsrates zu Stimmrechtsalter 16 und das erstaunlich deutliche Votum zum Ausländerstimmrecht setzen dazu einen gewissen Kontrapunkt, wenn auch das tiefere Stimmrechtsalter 16 einer mehrheitsfähigen Vorlage zum Opfer fallen und zum Ausländerstimmrecht das Volk mit einem Eventualantrag final entscheiden dürfte. Erfreulicherweise sollte jedoch der flächendeckende Proporz zur Wahl des Kantonsrates nach dem 2/3-Entscheid des Parlaments vom Tisch sein, was im Sinne der Wahrung unseres einzigartigen Politsystems sehr zu begrüßen ist, zumal die Bedeutung der Parteien in Appenzell Ausserrhoden dem Gesellschaftstrend folgend laufend abnimmt.

Zu denken gibt dem Fraktionspräsidenten die abnehmende Ausgabendisziplin von Regierung und Kantonsrat in den letzten Jahren. Die negativen Aussichten im Aufgaben- und Finanzplan, insbesondere aufgrund der ausbleibenden Gelder der Schweizerischen Nationalbank, und die anstehenden Aufgaben (Gmünden / Spital / Fusionsgesetz) erfordern aus Sicht des Schreibenden einen sorgsameren Umgang mit den verfügbaren Mitteln und weniger Ausgabenwachstum, insbesondere im Personalbereich. Sparprogramme sind aber das falsche Mittel, eine konsequente Aufgabenüberprüfung ist jedoch erforder-

lich. Der viel zitierte Bürokratieabbau sollte endlich an die Hand genommen werden, damit die vorhandenen Mittel des Kantons für die wirklich wichtigen Aufgaben, gerade auch im Rahmen der Energiewende und -versorgung eingesetzt werden können.

Abschliessend möchte ich mich ganz herzlich bei Nicole Graf für ihren Einsatz im Kantonsrat bedanken. Sie hat zuletzt als Präsidentin der Kommission Inneres und Sicherheit eine starke Duftmarke gesetzt. Leider ist es der Partei nicht gelungen, für die bevorstehende Ersatzwahl in Schönengrund eine Kandidatin oder einen Kandidaten zu finden, was leider den zu beobachtenden Trend bestätigt, dass sich immer weniger Menschen politisch engagieren und exponieren möchten.

Umso mehr bedanke ich mich bei meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ihre Arbeit im zu Ende gehenden Amtsjahr.

Im Namen der Fraktion der FDP.Die Liberalen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Bühler', with a long horizontal stroke extending to the right.

Kantonsrat

Daniel Bühler